

<https://apollo-news.net/stadt-essen-will-der-afd-verbieten-ihren-bundesparteitag-durchzufuehren/> 24.1.2024

Stadt Essen will der AfD Durchführung ihres Bundesparteitags untersagen
Essens CDU-Oberbürgermeister erklärte, die AfD sei „nicht willkommen“. Eine bereits beschlossene Durchführung des AfD-Bundesparteitags in einer Halle der Stadt prüft man jetzt mit fadenscheinigen Argumenten zu verbieten.

Der für Juni in Essen geplante Bundesparteitag der Alternative für Deutschland könnte von Vertretern der Stadtverwaltung und der Messe Essen verhindert werden. Neben linken Aktivisten wie dem Bündnis „Essen stellt sich quer“ meldete sich auch Oberbürgermeister Thomas Kufen (CDU) zu Wort und stellte klar, die AfD sei „nicht willkommen. Mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen rund um die Partei ist die Durchführung des Parteitags für mich nicht denkbar.“

Die Messe in Essen teilte daraufhin mit, man prüfe ein Durchführungsverbot für die AfD-Veranstaltung in der Grugahalle. Derartige Schritte können eingeleitet werden, wenn die Gefahr besteht, dass die öffentliche Sicherheit nachhaltig Schaden nehmen könnte. Das staatliche Unternehmen, in dem Kufen Aufsichtsratsvorsitzender ist, bewerte „vor dem Hintergrund der aktuellen Situation die rechtlichen und operativen Rahmenbedingungen dieser Veranstaltung in der Grugahalle“, hieß es am Dienstag.

Das Bündnis „Essen stellt sich quer“ hatte zuvor massive Proteste angekündigt und erklärt, man werde die geplante Veranstaltung „nicht unwidersprochen lassen“. Daraufhin sah sich die Stadtverwaltung zum Handeln gezwungen: „Was ist, wenn nicht nur die AfD mit rund 600 Delegierten und Zehntausende Gegendemonstranten nach Essen kommen, sondern auch die gesamte deutsche Antifa“, fragte ein „namhafter Beobachter“ in der WAZ. Mit Blick auf die im Juni stattfindende Fußball-Europameisterschaft seien die Einsatzkräfte der Polizei sowieso schon übermäßig ausgelastet.

Angefragt hatte die AfD die Räumlichkeiten bereits im vergangenen Jahr, mittlerweile ist auch ein rechtskräftiger Vertrag für ein Juni-Wochenende ausgehandelt und unterschrieben. Ein Verbot des Bundesparteitags der Partei wird zwar eingehend geprüft, die Chancen stehen allerdings gut, dass eine Kündigung des Vertrags vor einem Verwaltungsgericht keinen Bestand haben dürfte.

<https://reitschuster.de/post/die-maer-vom-geheimtreff-im-faktencheck/>

24.1.2024

Die Mär vom „Geheimtreffen“ im Faktencheck und zwar in einem echten, nicht in einem vom ÖR

In Dauerschleife wiederholen die großen Medien die Geschichte vom angeblichen Geheimtreffen von führenden AfD-Politikern mit Rechtsextremen. Und von Plänen, Millionen Menschen zu deportieren, die dort angeblich diskutiert wurden.

Bereits mehrfach habe ich in meinen Artikeln einzelne Aspekte dieses Propaganda-Narrativs zerlegt. Dennoch – wie sie der Kollege [Felix Perrefort auf „X“](#), dem früheren Twitter, kurz und kompakt, aber eben auch umfassend auseinandergenommen hat, finde ich sehr wichtig.

Deshalb habe ich mich von ihm anregen lassen und führe hier nochmal die wichtigsten Lügen in dem Narrativ auf.

Es gab kein „Geheimtreffen“ – es war eine private Zusammenkunft, aber keine geheime. Ein Geheimtreffen könnte auch kaum in einem öffentlichen Hotel stattfinden.

Es war kein „AfD-Treffen“, Mitglieder der Partei waren in der Unterzahl, es waren auch Mitglieder der CDU und der WerteUnion anwesend.

Es gab keinen „Neonazi“. Martin Sellner, der anwesend war, wird zwar vom politisch stramm rot-grünen Verfassungsschutz als rechtsextrem eingeschätzt. Aber selbst wenn das zutreffen sollte, macht ihn das noch nicht zu einem Neonazi.

Es gab keine einzigen „hochrangigen AfD-Politiker“ auf dem Treffen, es waren alles Politiker der zweiten Reihe bzw. von Länderebene.

Es gibt keinen einzigen Beleg dafür, dass als Abschiebegrund „falsche Hautfarbe“ diskutiert wurde.

Es gibt keinerlei Beleg für „Deportationspläne“, die auf dem Treffen besprochen wurden.

Es gibt keinerlei Belege dafür, dass millionenfache Abschiebungen oder „Vertreibungen“ besprochen wurden.

Im Gegenteil: Laut Teilnehmern ging es darum, im Rahmen des geltenden Rechts Möglichkeiten der Abschiebung von illegal Eingereisten und illegal in Deutschland lebenden Ausländern zu diskutieren. Und auch darüber zu sprechen, inwieweit unter bestimmten Voraussetzungen kürzlich eingebürgerten Migranten der deutsche Pass wieder entzogen werden kann.

All das diskutiert auch die Ampel. Oder sagt das zumindest, um Dampf abzulassen angesichts des massiven Unmuts in der Bevölkerung.

Ulrich Vosgerau sagte in einem Interview zu der Rede von Martin Sellner bei der Zusammenkunft: „Er nannte hier zwei Fallgruppen, nämlich sogenannte Clankriminelle und militante Islamisten. Auch diese wollte er aber nicht ausbürgern – der verfassungsrechtlichen Problematik, dass das eben nicht geht, war er sich bewusst – sondern er wollte nach meiner Erinnerung darauf hinaus, dass man innenpolitisch, also auch in kultur- und religionspolitischen Fragen, im Rahmen von Recht und Verfassung einen Kurs der ‚Leitkultur‘ fährt und strafrechts- wie polizeimäßig auf ‚Law and Order‘ setzt, das heißt hoher Verfolgungsdruck und drakonische Strafen für Kriminelle.“

All das kann man in einer Demokratie für gut halten, oder man kann es für schlecht halten. Was man aber nicht kann: verbieten, so etwas zu diskutieren, und es so zu skandalisieren, als ob es sich um neonazistische Umtriebe handele.

Hier wird klar: Hand in Hand haben das staatlich finanzierte Agitations-Portal Correctiv, die Regierung und die anderen Medien mit Manipulation und Lügen ein Schreckgespenst aufgebaut – einen Pappkameraden, also ein täuschend echt nachgebautes Ziel, auf das geschossen werden soll.

Mit dessen Hilfe lenken sie vom Versagen der Regierung ab und schüren Angst und Hysterie. Damit bringen sie Menschen auf die Straße, um für die Regierung zu demonstrieren. Dieses Vorgehen ist aus autoritären Regimen hinlänglich bekannt.

„Um vom tatsächlich Gesagten zur Deportations-Propaganda zu gelangen, braucht man eine Täuschungsabsicht“, kommentiert Perrefort: „Correctiv manipulierte mit Vorsatz. Dieses Portal ist skrupelloser, als ich gedacht hätte. Deutschland bezeichnet er als „Irrenhaus, in dem offenkundige Dilettanten die Deutungshoheit besitzen“. Zitat: „Sie publizieren wie gackernde Hühner. Es tut mir leid, freundlicher kann ich es nicht sagen.“

<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/robert-habeck-unter-druck-atomausstieg-rechtswidrig-li.2179380> 23.1.2024

Robert Habecks geheime Atom-Akten: Vor Gericht droht das Ministerium mit einem Horrorszenario

Warum beschloss Robert Habeck das AKW-Aus – mitten in der Energiekrise? Seine Juristen wollen Dokumente dazu geheim halten. Ihre Ausreden konnten vor Gericht nicht überzeugen.

Warum schaltete Wirtschaftsminister [Robert Habeck \(Grüne\)](#) die letzten Atomkraftwerke ab – mitten in einer Energiekrise? Ein Redakteur des [Cicero](#)-Magazins will Antworten: Daniel Gräber klagt seit bald zwei Jahren auf Herausgabe der Akten, auf deren Grundlage das AKW-Aus beschlossen wurde. Jetzt wies das Verwaltungsgericht in Berlin-Moabit mehrere Begründungen ab, mit denen Habecks Juristen einen Großteil der Dokumente gegenüber der Öffentlichkeit unter Verschluss halten. Sie sicherten zudem zu, drei Viertel der bislang geheimen Dokumente freizugeben. Über die noch strittigen Unterlagen soll innerhalb der nächsten zwei Wochen ein Urteil fallen.

Während der mündlichen Verhandlung im Verwaltungsgericht in Berlin-Moabit ringen Habecks Beamte um Argumente, warum die Dokumente geheim bleiben sollen. Es handelt sich um einen öffentlichen Verhandlungstermin, daher ist auch die Berliner Zeitung vor Ort. Weil Energie-Engpässe wie im Februar 2022 zukünftig nicht ausgeschlossen

wären – kurz nach Russlands Angriff auf die [Ukraine](#) brachen die Gasimporte ein –, dürfe man die Akten nicht freigeben, so ein Jurist des Ministeriums. Er droht mit einem Horrorszenario: Deutschland könnte wieder im Energiechaos versinken, weil die Kernkraftwerke nicht mehr am Netz sind!